

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
 4509 Solothurn
 Telefon 032 627 20 79
 Telefax 032 627 22 69
 pd@sk.so.ch
 www.parlament.so.ch

A 199/2008 (DDI)

Auftrag Roland Heim (CVP, Solothurn): Vorhandene Sanktionsmöglichkeiten des Kantons bei schwerer Überschreitung der Vorschriften über die Höchstgeschwindigkeit bei Motorfahrzeugen besser nutzen (10.12.2008)

1. Der Regierungsrat wird beauftragt abzuklären, ob allenfalls bereits heute genügende bundesrechtliche Vorschriften vorhanden wären, die strengere Sanktionen bei schwerer Überschreitung der Vorschriften über die Höchstgeschwindigkeit bei Motorfahrzeugen ermöglichen würden. Er hat dem Kantonsrat einen kurzen Bericht vorzulegen, in dem die strengst möglichen Sanktionsmöglichkeiten der Kantone aufgezeigt werden, und wie er diese eventuell bereits bestehenden Möglichkeiten heute nutzt bzw. besser nutzen lassen könnte (z.B. Verhaftung ab einer bestimmten Höhe einer Geschwindigkeitsüberschreitung, vorsorgliches Verhängen eines Fahrverbotes für das Tatfahrzeug, Einziehen, Verschrotten oder Verkauf des «Tatfahrzeugs», mehrjähriges Motorfahrzeugfahrverbot, das bei schwerer Übertretung bis in ein lebenslanges Verbot umgewandelt werden kann u.a.).
2. Es ist ebenfalls aufzuzeigen, welche Änderungen kantonaler Gesetze, Verordnungen, Reglemente, Weisungen oder anderer Erlasse allenfalls durch den Kantonsrat, bzw. durch den Regierungsrat vorzunehmen wären, um der «Raserproblematik» besser gerecht werden zu können.
3. Der Regierungsrat wird gebeten die Möglichkeit zu prüfen, ob zusammen mit den Fahrlehrern ein Ausbildungsmodul entwickelt werden könnte, das speziell der Raserproblematik gewidmet sein könnte und ev. in der Ausbildung der Neulenkler ein obligatorisch zu absolvierender Teil darstellen würde.

Begründung (10.12.2008): schriftlich.

Es wird immer wieder gesagt, dass es bereits genügend Rechtsgrundlagen gebe, die es den Kantonen ermöglichen, griffige Sanktionen gegen «Raser» zu verhängen. Andererseits hört man von entsprechenden Stellen, dass es trotzdem Lücken hat. Deshalb bitten wir den Regierungsrat, ev. unter Einbezug der eingesetzten Arbeitsgruppe, hier eine Auslegeordnung vorzulegen.

Unterschriften: 1. Roland Heim, 2. René Steiner, 3. Konrad Imbach, Theophil Frey, Andreas Riss, Susan von Sury-Thomas, Martin Rötheli, Edith Hänggi, Hans Abt, Hans Ruedi Hänggi, Chantal Stucki, Stefan Müller, Roland Fürst, Rolf Späti, Silvia Meister, Jakob Nussbaumer, Alfons Ernst. (17)